

# VORSTELLUNG DER TEILNEHMER

Gustav E. Gustenau

## I. Darstellung österreichischer Teilnehmer

SektChef DDr. Erich REITER begrüßt die Rahmenbedingungen und Umstände der NATO-Osterweiterung - einerseits, weil dadurch die Einflußsphäre Rußlands wirkungsvoll begrenzt werden soll, andererseits weil die Perspektive eines Beitrittes für die Länder Ostmitteleuropas eine nachhaltige Stabilisierung gebracht hat. Es ist durchaus denkbar, daß die Erweiterung die Kohärenz der NATO schwächen kann, was aber angesichts des Umstandes, daß sie mit keiner Bedrohung von umfassender strategischer Qualität konfrontiert ist, derzeit sekundäre Bedeutung hat. Für die aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen hat die NATO das Combined Joint Task Force-Konzept vorgesehen. Die Grenzen des Konfliktlösungspotentials der NATO bestehen aber nach wie vor in der bloßen Stabilisierungsfunktion. Grundsätzliche ursachenbezogene Konfliktlösungsmechanismen stehen noch aus. Ein ursächlicher Zusammenhang besteht zwischen Reform und Erweiterung der NATO insofern, als die Aufnahme neuer Mitglieder eine Rückwirkung auf die Struktur- und die Befehlsbereiche haben muß. Die Mitgliedschaft Österreichs in der NATO würde daher eine entsprechende Zuordnung Ungarns und allenfalls auch Sloweniens zu einem der beiden neu in Aussicht gestellten Führungsbereiche Nord oder Süd besser gewährleisten und somit insgesamt wesentlich zu einer Konsolidierung der NATO beitragen. Der Beitritt Österreichs zur NATO wäre damit nicht nur ein sicherheitspolitischer Gewinn für Österreich, sondern auch im Interesse der NATO. Ein aktives Engagement Österreichs könnte in diesem Zusammenhang auch Interessenskonflikte aufgrund von erweiterten Einflußzonen (etwa von Italien oder Deutschland auf dem Balkan), entlasten.

Dr. Wilhelm SANDRISSER stellt - ausgehend vom Erfordernis eines NATO-Beitrittes Österreichs - die innenpolitische Situation dar und verweist auf die diesbezügliche Schlüsselrolle der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ), die sich als stärkste Partei des Landes und Regierungspartei noch nicht zu einer positiven Beitrittsentscheidung durchringen konnte. Der bis Ende März 1998 von der Bundesregierung dem Nationalrat vorzulegende Bericht über die weiterführenden Optionen zur österreichischen Sicherheitspolitik wird möglicherweise keine eindeutige Empfehlung für einen NATO-Beitritt enthalten. Die Regierungskoalition aus Österreichischer Volkspartei (ÖVP) und SPÖ ist in dieser Frage nach wie vor gespalten. Die ÖVP und die größte Oppositionspartei, die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), treten für einen möglichst raschen NATO-Beitritt ein. Kernproblem der innenpolitischen Diskussion Österreichs um die zukünftige Sicherheitspolitik, besonders in Kreisen der SPÖ, ist das Festhalten an einem "Bedrohungs-Reaktionsdenken". Es wird also wie in den vergangenen Jahrzehnten, von einer Bedrohungsanalyse ausgegangen, aus der man dann sicherheitspolitische Gegenmaßnahmen ableitet. Verteidigungsminister Dr. Werner FASSLABEND argumentiert, daß ein NATO-Beitritt Österreichs nicht nur einen besseren Schutz mit sich bringen würde, sondern auch, daß Österreich dadurch die Möglichkeit erhalte, durch gleichberechtigte Mitwirkungsmöglichkeiten in der europäischen Sicherheitspolitik sein eigenes sicherheitspolitisches Umfeld entsprechend positiv zu gestalten. Die klassische Brückenfunktion Österreichs könnte dadurch wieder einen besonderen Wert gewinnen. Es ist evident, daß eine NATO-Mitgliedschaft ein Festhalten am Neutralitätsstatus ausschließt. Zwar hat in der Bevölkerung in den letzten Jahren die Bedeutung der Neutralität stark

abgenommen, doch bedürfte es zur Erzielung einer qualifizierten Mehrheit pro NATO und zur Abschaffung der Neutralität einer entsprechenden klaren Haltung seitens der politischen Führung. Ein Grundproblem der sicherheitspolitischen Diskussion in Österreich ist der Umstand, daß sich das Denken in den Kategorien der nationalen Interessen, an denen sich die Politik längerfristig orientieren sollte, nur ungenügend ausgeprägt hat. Dies trifft nicht nur auf die sicherheitspolitischen Zielsetzungen zu, sondern hat auch Konsequenzen bei der Mittelzuweisung an die Streitkräfte. Nicht die Frage "Was sind die strategischen Zielsetzungen Österreichs und welche sicherheitspolitischen Maßnahmen inklusive der Bereitstellung des erforderlichen militärischen Instrumentariums sind erforderlich?" steht im Vordergrund, sondern: "Wie viel Geld ist für die militärische Landesverteidigung übrig und was kann damit allenfalls noch erreicht werden?"

Brigadier Günter HOCHAUER interpretiert den mehr oder weniger permanenten Transformationsprozeß des ÖBH vorrangig als Reduzierungsmaßnahme, die weniger als Konsequenz der veränderten militärstrategischen Lage als aufgrund der Ressourcenknappheit (Personal und Geld) erforderlich wurde. Allerdings wurde die Verteidigungsdoktrin den geänderten strategischen Verhältnissen angepaßt; man ging zu einer höheren operativen Beweglichkeit (vor allem zur grenznahen Sicherung und Abwehr) über. Die NATO-Osterweiterung bringt jedenfalls insofern eine Verbesserung der Ausgangsposition Österreichs, als militärstrategische Anlaßfälle für einen Verteidigungsfall reduziert werden. Bei der Adaption der Heeresstruktur, wird selbstverständlich eine volle Kompatibilität und Interoperabilität berücksichtigt. Die ressortinternen Überlegungen bzw. der politische Entscheidungsprozeß zur Adaption sind noch nicht abgeschlossen, doch ist mit einer deutlichen Reduzierung des Mobilmachungsrahmens wie auch der Zahl der Kommanden und Verbände zu rechnen. Bedacht genommen wird auf eine entsprechende Kaderung gewisser Verbände, um sowohl den Präsenzaufgaben als auch den vermehrten Aufgaben der internationalen Friedenssicherung gerecht zu werden.

## **II. Darstellung slowenischer Teilnehmer**

Staatssekretär Mag. Theodor GERSAK streicht das völlig veränderte strategische Umfeld der Republik Slowenien hervor, demzufolge sich Aufgabenstellung und Struktur der slowenischen Armee entsprechend zu ändern haben. Im Vordergrund stehen neben den unmittelbaren Erfordernissen der Landesverteidigung - die Krisenzone Balkan wird auf nicht absehbare Zeit entsprechende Vorkehrungen erforderlich machen - internationale Solidarität bei der Wahrung gesamteuropäischer und letztlich globaler Sicherheitserfordernisse. Dies erfordert die Bereitstellung von entsprechenden Kräften zur Teilnahme an Einsätzen zur internationalen Friedenssicherung auch außerhalb Sloweniens. Insgesamt ergibt sich das Erfordernis einer umfassenden Reorganisation der slowenischen Armee, was im Einklang mit den laufenden Arbeiten zur Änderung der strategischen Konzeption, am Weißbuch über die Sicherheits- und Verteidigungspolitik, an der entsprechenden Gesetzgebung wie auch der Verteidigungsdoktrin zu stehen hat. Zwar soll eine - gemessen an den realistischen Bedrohungsszenarien -entsprechende Verteidigungsfähigkeit erhalten bleiben, doch hat zweifellos die internationale Beteiligung an friedenssichernden Aufgaben Priorität. Hierzu wird es erforderlich sein, die Armee auf einen Mobilmachungsrahmen von etwa 30.000 bis 35.000 Mann zu reduzieren, die Verbände sukzessive zu professionalisieren und zu spezialisieren, das Ausbildungsniveau zu heben sowie Mobilität und Kampfkraft zu erhöhen. Die Organisationsstruktur wird Module wie auch eine weitgehende logistische Unabhängigkeit vorzusehen haben, um bestmöglich die Interoperabilität mit der NATO sicherzustellen. Ein Sonderverband zur Krisenreaktion wird vorzusehen sein. Eine besondere Herausforderung ist die Schaffung entsprechender Führungsebenen, da bislang eigentlich nur

die Führung bis zur Bataillonsebene als bewältigbar erscheint. Bis zum erwartbaren NATO-Beitritt sollte die Brigadeebene beherrschbar sein; die Führungsfähigkeit auf Korpsebene wird noch viele Jahre in Anspruch nehmen. Selbst bei einem Übergang zu einer hochprofessionellen Armee wird vorerst an der Wehrpflicht festgehalten, um eine strategische Reserve verfügbar zu haben. Insgesamt ergeben sich vielfältige Veränderungsmaßnahmen, die dem ehemaligen jugoslawischen Modell der Territorialverteidigung diametral entgegenstehen. Dies betrifft neben den operativen Grundlagen und dem Führungssystem insbesondere auch Verwaltung, Logistik und die Kompetenz in Generalstab und im Ministerium.

Mag. Ivan HOSTNIK sieht in den Beschlüssen von Madrid 1997 den entscheidenden Schritt zur Überwindung der bisherigen Teilung Europas. Die NATO entwickelt sich so aus der Sicht Sloweniens zur entscheidenden militärischen und politischen Achse der europäischen Integration. Die Nennung im Schlußkommunique des Madrider Treffens ist für Slowenien Ansporn, um alles daran zu setzen, in die zweite Runde aufgenommen zu werden. Abgesehen davon, daß Slowenien die in der sogenannten Erweiterungsstudie genannten fünf Grundbedingungen bestens erfüllt, bietet die Aufnahme des Landes für die NATO selbst große strategische Vorteile. Sie würde die Stabilität in der Region generell fördern und die Struktur des Bündnisses insofern stärken, als die strategische Kommunikation, vor allem in der Ost-West-Achse zwischen Italien und Ungarn, entscheidend verbessert würde, aber auch, weil sich die operativen Gegebenheiten für friedenssichernde Operationen in Südosteuropa verbessern würden. Für Slowenien selbst bedeutete die Aufnahme in die NATO die Schaffung eines sicheren Umfeldes, in dem sich sein Staatswesen optimal entwickeln kann.

Mag. Jernej D. KOZAR stellt zunächst eine Veränderung des Sicherheitsbegriffes in den letzten Jahren fest, da sich nach dem Ende des Kalten Krieges auf regionaler Ebene eine Vielzahl von teils bewaffneten Konflikten entwickeln konnte. Zugleich hat sich aber auch herauskristallisiert, daß lediglich die NATO als einzige Institution in der Lage ist, einen entsprechenden Stabilitätsrahmen zu gewähren, wenn sie sich engagiert. Es ist auch evident, daß die jungen Demokratien Mittel- und Osteuropas gerade durch ihre Beitrittswünsche zu NATO und EU den entsprechenden Rahmen suchen, der erst eine positive allumfassende politische und wirtschaftliche Entwicklung ermöglicht. Es ist Slowenien bewußt, daß eine Vorbedingung für die Aufnahme in die NATO, nämlich die Gewährleistung der regionalen Stabilität, durch den Beitrittswerber selbst zu erbringen ist. Damit solle auch im Fall des Beitritts insgesamt die Stabilität in der Region erhöht werden. Von daher ist die Osterweiterung der NATO als Prozeß zu sehen, der keinen europäischen Staat explizit ausschließen darf.

### **III. Conclusio**

Aus der Sicht der slowenischen und österreichischen Referenten ergab sich unisono der umfassende Nutzen einer NATO-Osterweiterung, insbesondere aber auch der zu erstrebende Beitritt Sloweniens und Österreichs als Vorbedingung für eine dauerhafte Stabilisierung der Region. Im Unterschied zu Österreich ist die eindeutige politische Willensbildung in Slowenien längst abgeschlossen. Auch jene Maßnahmen, die eine frühestmögliche Herstellung der Interoperabilität und Kompatibilität des slowenischen Heeres herbeiführen sollen, werden mit Nachdruck vorangetrieben. Hier besitzt Österreich aber sicherlich einen Vorsprung; es hat in vielen Bereichen die NATO-Standards längst erreicht. Konkretere Strukturanpassungen können jedoch angesichts fehlender politischer Entscheidungen noch nicht getroffen werden. Beiden Ländern sind die besondere Bedeutung ihrer geostrategischen Position und damit auch die Konsequenzen eines Beitrittes oder Nichtbeitrittes auf die Neuorganisation der NATO-Führungsbereiche bzw. der operativen Möglichkeiten voll bewußt. Der alleinige Beitritt Sloweniens zur NATO würde zwar die territoriale Anbindung

etwa Ungarns und anderer südosteuropäischer Beitrittswerber erleichtern, doch könnten die leistungsfähigen und weniger exponierten Ost-West- bzw. Nord-Süd-Korridore Österreichs in qualitativer Hinsicht nicht wirklich ersetzt werden. Ein Beitritt Österreichs wäre daher in jedem Falle ein strategischer Vorteil für die regionalen Sicherheitserfordernisse. Die jeweilige geostrategische Bedeutung Sloweniens und Österreichs kann daher als komplementär, aber nicht als wechselseitig ersetzbar bezeichnet werden. Eine akkordierte Vorgangsweise zur Abstimmung der Integrationsmaßnahmen in die NATO wäre daher von besonderer Wichtigkeit. Der Katalog der abzustimmenden Maßnahmen reicht von der sicherheitspolitischen Positionierung und den strategischen Zielsetzungen über die Strukturanpassungsschritte der Streitkräfte bis zu Fragen der gemeinsamen Logistik, Ausbildung und Übungsvorhaben. Ein besonderer Aktionsraum eröffnet sich nicht nur in der Bildung eines gemeinsamen (zentraleuropäischen) Verbandes zur internationalen Friedenssicherung, sondern überhaupt bei der engen Kooperation bei friedenserhaltenden Operationen, wobei Österreich hier zweifellos vielfältige Hilfestellungen leisten kann. In jedem Fall ergibt sich das Erfordernis intensiver bilateraler Konsultation zur Abstimmung der gegenständlichen Themenbereiche.

Mag. Gustav E., GUSTENAU  
Leiter der Projektgruppe  
Internationale Friedenssicherung im BMLV

Erschienen in:  
Informationen zur Sicherheitspolitik Nr. 7 (März 1998)  
NATO-Perspektiven aus slowenischer und österreichischer Sicht